

KAB in Niedersachsen

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Niedersachsen besteht aus dem Diözesanverband Hildesheim, dem Landesverband Oldenburg und dem Diözesanverband Osnabrück.

Liebe Leser*innen,

die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Niedersachsen bietet Ihnen künftig mit den Monatsimpulsen Denkanstöße rund um das Thema soziale Gerechtigkeit. Darunter summieren wir Teilaspekte, wie menschenwürdige Arbeit, eine solide Absicherung im Alter oder auch den Schutz des Sonntags.

Die Gesellschaft verändert sich und wir müssen Antworten auf diese Prozesse finden. Wir stellen uns daher Fragen über die Zukunft der Arbeit, deren sozialverträgliche Organisation sowie zur Neubewertung verschiedener Formen der Arbeit, wie gemeinwohlorientierte, private oder klassische Erwerbsarbeit. Eine Antwort auf diese Fragen finden Sie beispielsweise in unserem Modell der Tätigkeitsgesellschaft. Auch das mit anderen katholischen Verbänden entwickelte Rentenmodell gibt Änderungsvorschläge auf Missstände in unserer Gesellschaft.

Wir laden Sie an dieser Stelle dazu ein, unsere Impulse zu diskutieren, mit uns ins Gespräch zu kommen und unsere Ideen und Konzepte in Ihre persönlichen Diskussionen und Auseinandersetzung mitzunehmen. Gott segne die christliche Arbeit!



Dr. Timo Freudenberger (Diözesansekretär)
KAB Diözesanverband Hildesheim

Monatsimpuls 7 | 2019

Wie politisch soll's noch werden?

Nicht erst die Europawahl hat es deutlich gemacht, dass die politische Landschaft in Deutschland sich stark wandelt. Obwohl der extreme Rechtsruck, den manche prophezeit haben, glücklicherweise ausblieb, scheint die Politik in Deutschland und Europa eine grundlegenden Herausforderung gegenüberzustehen: ihr Verhalten, ihr Ziele und die Art der Kommunikation erreichen und passen nicht mehr zu den Vorstellungen, Sorgen und Nöten der jungen Generation. Jene Generation, von der immer wieder behauptet wurde, dass sie sich in keiner Weise für die Politik interessiert. Eine Generation, die sowohl mit den Schlagworten unpolitisch als auch egoistisch charakterisiert wurde und wird. Mitnichten! Deutlich wird, dass diese Generation in höchstem Maße politisch ist. Angetrieben durch die gemeinsame Sorge um eine Zukunft. Eine Zukunft, die den Klimawandel ernst nimmt und unseren Planeten in seiner lebenswerten Qualität erhält, die Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd schafft und die deutlich eine Absage an einen skrupellosen Kapitalismus formuliert. Die zahlreichen Bewegungen, allen voran Fridays For Future, belegen deutlich die solidarischen und höchst politischen Aktionen vieler junger, aber auch älterer Menschen.

Klar scheint, dass die Politik auf die Forderungen der jungen Menschen momentan keine Antwort parat hat. Dabei ist das Spektrum der Nicht-Antwort breit: von Leugnung des Klimawandels über Verhöhnung und arrogantes Abtun bis zur Sprachlosigkeit, wie es jüngst in Frankfurt am Main im Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung geschah:

„Eine Sitzung, in der hundert aufgewühlte Menschen auf Einsicht, auf Taten drängen – sie beginnt damit, dass die Fraktionen wieder einmal ihre Entscheidungen über 19 Tagesordnungspunkte auf demnächst verschieben [...] Diskutiert wird trotzdem. Zwei Stunden lang, in erschütternder Einseitigkeit, nehmen sie die gewählten Volksvertreter in die Mangel: Bürgerinnen und Bürger, Fridays For Future, Scientists For Future, People For Future, Extinction Rebellion, Klimattac und andere mehr, sie versuchen es zunächst in aller Ruhe mit Fakten und Appellen. Antwort: nichts. Sie versuchen es mit Ungehorsam, sie laufen durch den Saal, sie applaudieren, johlen, pfeifen, am Ende schreien sie in den Redebeiträgen ihre Wut hinaus. „Sie sind das Problem, das wir haben!“, fährt ein junger Mann aus der Haut.“^[1]

Diese Sprachlosigkeit macht deutlich, dass die ausgetretenen Pfade nicht mehr lang begehbar sein werden. Die Aktiven der oben genannten Gruppierungen verlangen Antworten von den gewählten Volksvertreter*innen und suchen die Auseinandersetzung mit der Politik. Politiker*innen sollten dies als Chance verstehen und auf ein gesamtgesellschaftliche Akzeptanz dieser Probleme und Sorgen sowie dazu passende Lösungsvorschläge hinarbeiten.

Die KAB hat nicht erst durch den Krefelder Beschluss Arbeit.Macht.Sinn. klargestellt, dass ein „weiter so“ ausgeschlossen ist. Damit ist gemeint, dass wir dringend das Wachstumsparadigma überwinden und zügig dazu kommen müssen, Maßnahmen zu ergreifen, die den Klimawandel verlangsamen und die Umwelt schützen.

Die „Idee eines unendlichen und grenzenlosen Wachstums [...] setzt aber die Lüge bezüglich der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter des Planeten voraus, die dazu führt, ihn bis zur Grenze und darüber hinaus ‚auszupressen‘.“^[2] „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Schrumpfung zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“^[3]

Dabei ist es unerlässlich, über die Art und Weise unseres Konsums, die damit verbundenen Konsequenzen und Rolle des uneingeschränkten Kapitalismus in den Blick zu nehmen und zu handeln: Die Sorgen der jungen Generation betrifft uns alle; ein „weiter so“ in Politik und Wirtschaft wäre fatal. Die Frage stellt sich: Wie politisch soll's noch werden, bevor die Sorgen der Bürger*innen Ernst genommen werden?

[1] <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-welt-nicht-rettet-zr-12444400.html>

[2] Papst Franziskus: Enzyklika LAUDATO SI über die Sorge für das gemeinsame Haus, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2015, Zf. 106.

[3] Papst Franziskus, Laudato Si, Zf. 193.